

## Atomausstieg auf ganzer Linie

Der BUND fordert eine Zukunft ohne Atomkraft und einen verantwortungsvollen Umgang mit gefährlichem Atom-müll. Ein Atomausstieg muss auch die noch unbefristet genehmigten Anlagen der Urananreicherung in Gronau, der Brennelementefabrik in Lingen und von Forschungsreaktoren einschließen. Eine Verlängerung von Laufzeiten lehnt der BUND aufgrund der immensen Gefahren und Risiken auch für künftige Generationen durch Betrieb und Lagerung des hochriskanten Atommülls strikt ab.

### **Atommüllsuche transparent gestalten**

Der BUND bekennt sich zur Notwendigkeit eines Atommülllagers in Deutschland. Wie in Artikel 1 des Standortauswahlgesetzes festgeschrieben, muss die Auswahl wissenschaftsbasiert, transparent und mit größtmöglicher Öffentlichkeitsbeteiligung stattfinden. Der BUND fordert die Landesregierung auf, sich weiter für ein transparentes Verfahren einzusetzen. Der mit dem Niedersächsischen Begleitforum begonnene Weg muss fortgesetzt werden. Dabei sollten die zivilgesellschaftlichen Gruppen weiter gestärkt werden.

### **Planfeststellungsbeschluss Schacht Konrad zurück nehmen**

Das alte Eisenbergwerk Schacht Konrad ist als Atommülllager ungeeignet. Die Konzepte aus dem letzten Jahrhundert entsprechen längst nicht mehr dem Stand von Wissenschaft und Technik. Die Langzeitsicherheit konnte nicht belegt werden. Wir fordern, dem Antrag von BUND und Nabu nachzukommen und den Planfeststellungsbeschluss zurück zu nehmen.

### **Asse-Rückholung vorantreiben**

Das havarierte Atommülllager Asse droht weiter abzusaufen. Obwohl die Entscheidung für eine Rückholung der Abfälle längst getroffen wurde, kommt die praktische Umsetzung zu langsam voran. Der BUND fordert die neue Landesregierung auf, sich für sich eine zügige Bergung der Abfälle einzusetzen.

### **Atommüll-Zwischenlager-Konzept überprüfen**

Weder für die hochradioaktiven noch für die schwach- und mittelradioaktiven Abfälle steht auf absehbare Zeit ein Atommülllager zur Verfügung. Das bedeutet in der Konsequenz, dass die derzeitigen Zwischenlager deutlich länger Sicherheit gewähren müssen, als es die derzeitigen Konzepte vorsehen. Am deutlichsten wird dies in der Lücke zwischen dem Auslaufen der Zwischenlagereignisungen und der frühestmöglichen Inbetriebnahme eines Endlagers für hochradioaktive Abfälle. Die Landesregierung muss jetzt tätig werden und Konzepte zu erarbeiten, wie die Zwischenlagerung über das Jahr 2032 – wenn die Genehmigung in Gorleben ausläuft – gestaltet werden soll. Die Bevölkerung ist frühzeitig und transparent zu beteiligen.

### **Keine Sicherheitsrabatte auf den letzten Metern**

Mit dem AKW Emsland wird Ende 2022 das letzte Atomkraftwerk in Niedersachsen vom Netz gehen. Das ist ein deutlicher Sicherheitsgewinn! Es darf nicht sein, dass mit dem Blick auf die kurze Restlaufzeit Sicherheitsrabatte vergeben werden. Vor dem Hintergrund der Korrosionsrisse im Dampferzeuger fordert der BUND ein sofortiges Abschalten des Reaktors und eine Revision aller Dampferzeugerrohre.